

für Wien.
 Montagmorgenblatt 6 h
 Abonnementsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h,
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.50
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Lokalitäten und Verkaufsstellen:
 Monatlich K 2.60.
 Preußen und Ungarn:
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich K 16.—
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 18, Telefon 6191
 II. Bognergasse 20, Tel. 40228
 X. Wollanplatz 5, Telefon 58244
 XIV. Wollanplatz 6, Tel. 33126
 XVI. Hauptgasse 34, Telefon 34146
 XVII. Bognergasse 23, Telefon 17175
 XXI. Ungererstraße 14.
 Für die an Fremde Ausländer oder
 Verkäufer bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Restantionen sind vorzuziehen.

itung

sterreich.

er nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Auch die Arbeiter fordern!

Das Wahlrecht in der Kreisverfassung.

Seit geraumer Zeit wird in verschwiegenen Kon-
 ventikeln über Verfassungsreformen geredet und was
 über die Beratungen und die Aussichten unserer bürger-
 lichen Parteien herausgetragen wird, klingt höchst er-
 staunlich, klingt so abenteuerlich, daß darüber öffentlich
 geredet werden muß.

Ueber die gebieterische Forderung nach Oesterreichs
 Erneuerung, über deren Ziele und Mittel hat die
 Arbeiterzeitung ausführlich gesprochen, die völlige
 Verjüngung des Oesterreichertums wurde anderwärts
 in verheißungswollen Wendungen verkündigt. Wahr ist,
 daß jedermann voll Erwartung ist. Der tiefe Grund
 solch empfängnisvoller Stimmung ist nicht so sehr
 Selbstzufriedenheit oder blinde Zuversicht, als die klare
 Erkenntnis: so wie bisher, so wie vor dem Kriege,
 so kann und darf es nicht mehr werden und so kann
 es nicht bleiben. Und andererseits hoffen die Bürger
 dieses Staates, nach so namenlosen Anstrengungen
 einer modernen, geordneten Staatlichkeit und
 eines ruhigen Verfassungslebens endlich
 zu genießen.

Es ist schon ein schlimmes Zeichen, daß die un-
 erläßlichen Reformen nicht vor aller Öffentlichkeit er-
 örtert, durch die geistige Zusammenarbeit aller Klar-
 gestellt und durch das Zusammenwirken aller lebendigen
 Volkskräfte verwirklicht werden. Jene parlamentarischen
 Drahtzieher, die durch die Erge ihres Gesichtskreises,
 die Kleinlichkeit ihrer Beweggründe, durch ihre halb-
 starrtätige Beschränktheit gut die Hälfte der Schuld an
 unserem öffentlichen Jammer auf sich geladen haben,
 machen sich und ihren heimlichen Zusammentretungen
 die Autorität an, über Dinge zu bestimmen, die auf
 viele Jahrzehnte hinaus unser öffentliches Leben fest-
 legen und auf das unheilvollste beeinflussen könnten.
 Sie scheinen sich dessen gar nicht bewußt zu werden,
 daß inzwischen Krieg ist, daß es im Lande auch eine
 Arbeiterklasse gibt, daß sich in jüngsten Zeiten viel in
 der Welt und viel in unserem Lande geändert hat!

Man redet über eine Kreisverfassung.
 Schon wie man sich dazu stellt, verrät das völlige
 Mißverstehen der Zeitaufgaben. Man sieht in ihr
 nicht den Hebel einer allgemeinen Ver-
 waltungsreform, nach der die im
 Kriege gemachten Erfahrungen geradezu schreien. Man
 begreift nicht, daß der moderne Wirtschaftsstaat schon
 längst im Frieden über die rein amtsherrliche, büro-
 kratische Verwaltung hinausgewachsen ist und der
 Mitverwaltung der Staatsbürger nicht entbehren kann,
 daß er als Staat der sozialen Fürsorge, der die Kriegs-
 munden heilen soll, noch mehr von der Kraft und
 Intelligenz des ganzen Volkes getragen wird sein
 müssen; man begreift nicht, daß die Kreisverfassung
 eine allgemein österreichische, staatliche, volkswirtschaft-
 liche und soziale Notwendigkeit ist, man schätzt sie als
 ein Auskunftsmitglied für einen abgelegenen Teil des
 Staatsgebietes, als ein Provinzheilmittel ein, als eine
 Art Sonderarznei für Deutschböhmen. Selbst als nation-
 ales Friedensmittel faßt man sie schief, halbgeschläch-
 tigt und verderblich auf! Was zur redlichen Auseinander-
 setzung zwischen allen Nationen dienen, was den Staat
 zur organisierten Friedengemeinschaft von acht
 Nationen machen soll, behandelt man als Bosheitsakt,
 als Töter an einem Volke, und bemerkt gar nicht, wie
 lächerlich es ist, sich selbst mit einer Sache belohnen
 zu wollen, die der andere als Strafe empfinden
 soll! So verunglückt man die Ueberlieferung von
 Fremder, so verunstaltet und diskreditiert man das,
 was nach dem unbestreitbaren Zeugnis aller, die sich
 ernsthaft mit Oesterreichs Staatsnöten befaßt haben,
 die befreiende Tat für den Staat und seine Nationen
 werden sollte. Diese schweren Fehler — es wird über
 sie noch geredet werden — erweisen neuerdings von
 dem Kleinbürgerkonventikel, dem das deutsche Bürger-
 tum Oesterreichs seine Politik leider wie ein un-
 entziehbares Kompromiß überantwortet hat, die
 Nichtigkeit der alten Kennzeichnung: Sie haben nichts
 gelernt und nichts vergessen.

Das gilt erst recht, wann man vernimmt, wie
 sie sich die Kreisvertretungen im einzelnen zusammen-
 gesetzt wünschen. Wer nur oberflächlich hinhorcht, was
 in der Welt vorgeht, weiß, daß das Dreiklassen-
 wahlrecht zum preussischen Landtag schon vor dem

Kriege höchst angefochten war und nun im Kriege
 ganz hinfällig geworden ist. Nicht nur der Preußen-
 könig und die preussischen Staatsminister, selbst die
 Führer der konservativen Parteien, erst in den letzten
 Tagen Herr v. Heydebrand, haben die Unhaltbarkeit
 dieser Wahlordnung anerkannt: Das preussische Junker-
 tum selbst, das in ganz Europa als die reaktionärste
 Klasse ausgerufen ist, hat schon begriffen, daß man
 nach diesem Kriege und seinen Erfahrungen
 dem deutschen Arbeiter mit einer solchen
 Vertretung nicht mehr kommen kann. Diese so-
 genannten „Deutschnationalen“ von Böhmen leben so
 sehr außerhalb der geistigen Gemeinschaft mit ihrer
 Nation, daß sie ein Wahlrecht zur Kreisvertretung
 für möglich halten und geradezu fordern, das
 weitaus schlechter ist als das preussische Drei-
 klassenwahlrecht, ja selbst noch schlechter als jenes,
 das Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Eroberer
 für die Selbstverwaltungskörper Polens, für
 ein Volk mit heute noch überwiegendem Analphabeten-
 tum vorgelesen haben! Und ein solches Vertretungs-
 system bieten die Nationalverbändler der deutschen
 Arbeiterschaft Böhmens, bieten sie dem ersten und
 wichtigsten Industriegebiet des Reiches! Dabei handelt
 es sich nicht wie bei den Landtagen um alte, ein-
 gerostete Einrichtungen mit verkrusteten Machtverhält-
 nissen, wo die Vernunft dem zähen Einwand begegnet,
 es lasse sich technisch nichts mehr verbessern; es handelt
 sich um Kreisvertretungen, die erst geschaffen werden
 sollen, bei deren Schöpfung man endlich frei ist von
 allen Ueberlieferungen und so recht bezeugen soll, was
 man will und was man kann. Hier wird keine Aus-
 rede gelten, hier bekennet die Vertreterschaft der deutschen
 Bourgeoisie den Grad ihres politischen Verstandes wie
 der sozialen Achtung, die sie dem deutschen Arbeiter
 zollt. Und der deutschen Arbeiterschaft werden selbst
 diese Pläne — welche Pläne bleiben werden — un-
 vergesslich sein.

Was also will man? Man schlägt ein Kurien-
 wahlrecht vor. Fünfundzwanzig Jahre der
 bittersten Erfahrungen mit dem Kurienystem haben
 also die Weisen aus Deutschböhmen nicht im geringsten
 belehrt; sie schwören weiter auf die Kurien-
 schande. Daran nicht genug, man gibt innerhalb der Kurien
 dem Kleinbürger die ganz überwiegende Mehrheit,
 man privilegiert also nicht etwa den Besitz, der
 wenigstens bürgerlich etwas bedeutet, sondern
 das Kleinbürgertum, das seit Menschen-
 gebenden der Herd sinnlosen Radikalismus, ver-
 bissenen nationalen Chauvinismus, unsäglich
 Schlagwortpolitik und zügellosester Demagogie ge-
 wesen ist. Diese Kleinbürgerei, deren spezifische
 Unzulänglichkeit in der Politik so viel zur poli-
 tischen Verwirrung, zur Ueberhöhung der nationalen
 Gegensätze beigetragen hat, die in allen Nationen zu
 wechselnden Zeiten selbst staatsfremden Einflüssen aus-
 gegeben ist, dieser Kleinbürgerei, die sich schon in der
 Gemeindeautonomie zu allen Geschäften der wirtschaft-
 lichen und sozialen Verwaltung untauglich erwiesen
 hat, ihr soll also die künftige Lokalverwaltung in einem
 Staatsgebiet ausgeliefert werden, dessen wertvollster
 Bestand die große Industrie ist. Die privilegierte Klasse,
 jene Schicht, nach deren politischem und wirtschaft-
 lichem Gesichtskreis die Lokalverwaltung geführt werden
 soll, trägt also den Typus des Gemischtwarenhändlers
 und Selbsterwehlers. Industrie, Intelligenz und natür-
 lich Arbeitererschaft sind zur Mitwirkung nur in höchst
 bescheidenem Rahmen eingeladen.

Was aber hat man für die Arbeiter im bes-
 sonderen? Man höre und staune: eine Badenische
 Kurie! Genau zwei Jahrzehnte nach dem Sturz
 Badenis, genau ein Jahrzehnt nach der Beseitigung der
 verderblichsten Mißschöpfung weiß die Blüte der
 politischen Intelligenz des deutschen Bürgertums keinen
 anderen Einsatz aufzubringen als die slavische Nach-
 ahmung der abgefrachten Erfindung des unglückseligen
 Stanzysen, der Oesterreich in namenlose Verwirrung
 gestürzt hat! Nicht einmal so viel hat man aus der
 Leidensgeschichte des parlamentarischen Lebens gemerkt,
 daß gerade diesen fünften Kurien der Fluch der Dema-
 gogie, die Nötigung zur geräuschvollen Scharlatanerie
 anhaftet, daß sie vor allem Vertretungskörper zur
 Unfruchtbarkeit verdammten und von innen heraus
 sprengen! Was man meinen sollte, daß sich's jeder
 politisch Denkende bei uns an den Kinderstühlen ab-
 gelaufen hat, das feiert in den Plänen unserer